

„Ich schulde keiner Partei Dank“

Der neugewählte österreichische Bundespräsident Thomas Klestil über sich und sein Amt



Wahlsieger Klestil: „Wir werden falsche Ängste ausräumen müssen“

SPIEGEL: Herr Klestil, Sie haben im Wahlkampf betont, daß Sie keine Schwierigkeiten hätten, in die USA einzureisen – anders als Ihr Vorgänger Kurt Waldheim, der die Öffentlichkeit über seine Wehrmachtsvergangenheit täuschte und den Washington deswegen auf die Liste unerwünschter Besucher setzte. Ist mit Ihrer Wahl Österreichs internationales Paria-Dasein beendet?

KLESTIL: Präsident Bush hat mir gleich nach meiner Wahl ein sehr persönliches Telegramm geschickt, in dem er ausdrücklich bestätigt, daß ich immer schon sehr viel für besonders gute österreichisch-amerikanische Beziehungen getan habe und daß wir beide künftig aufgrund unserer langjährigen Bekanntschaft diese noch weiter verbessern könnten. Ohne Zweifel wird das die zeitweise etwas gestörten Beziehungen zwischen Wien und Washington entkrampfen.

SPIEGEL: Sie haben ja immerhin fast 20 Jahre Ihres Diplomatenslebens in den Vereinigten Staaten verbracht. Wollen Sie Ihre guten Beziehungen auch nutzen, um den Bann gegen Waldheim zu beenden?

Das Gespräch führten die SPIEGEL-Redakteure Siegfried Kogelfranz und Martin Pollack.

Thomas Klestil

galt zunächst als chancenlos in der Präsidentschaftswahl gegen den populären sozialdemokratischen Verkehrsminister Rudolf Streicher. Doch schon im ersten Wahlgang blieb er nur 3,5 Prozent hinter dem Favoriten zurück, den er dann in der Stichwahl mit 57 gegen 43 Prozent distanzieren konnte. Klestil, 59, Sohn eines Wiener Straßenbahners, studierte an der Wirtschaftsuniversität in Wien. Als Diplomat in Paris fiel er dem ÖVP-Bundeskanzler Klaus auf, der ihn zu seinem persönlichen Sekretär machte. Danach wurde er Generalkonsul in Los Angeles, wo er tennisspielend zur Clique des späteren US-Präsidenten Ronald Reagan stieß. Als Botschafter in Washington mußte er 1986 den geballten amerikanischen Zorn über die Waldheim-Affäre ausbaden. 1987 kehrte er als Generalsekretär ins Außenamt nach Wien zurück. Gegen breiten Widerstand in der eigenen Partei machte ÖVP-Chef Erhard Busek den Diplomaten zum Kandidaten der Konservativen – und bescherte seiner Partei damit einen sensationellen Erfolg.

KLESTIL: Erst einmal: Ich blicke grundsätzlich nach vorn. Diese Frage gehört für mich der Vergangenheit an. Ich will mich weniger mit den vergangenen sechs Jahren, viel mehr mit den künftigen sechs Jahren befassen. Richtig ist freilich, daß es kaum ein anderes Land in Europa gab, das Amerika freundlicher gesinnt war als Österreich. Die Österreicher empfanden Bewunderung und Dankbarkeit gegenüber den USA, die uns mit ihrem Marshall-Plan den Wiederaufbau erst ermöglichten. Das gilt besonders für meine Generation. Die warme Suppe, die ich 1945, 1946 in der Schule bekam, stammte von den Amerikanern. Mein erster Mantel nach dem Krieg wurde von einem amerikanischen Buben gespendet.

SPIEGEL: Um so größer daher der Schock in Österreich über die beispiellose Ächtung des Präsidenten Waldheim mit seiner unbewältigten Wehrmachtsvergangenheit?

KLESTIL: Sehen Sie, diese Entscheidung war vom europäischen Rechtsverständnis her kaum zu begreifen . . .

SPIEGEL: . . . die Österreicher fühlten sich kollektiv bestraft?

KLESTIL: Ich selber war am Tag dieser Entscheidung bei Reagan wie auch bei Bush, ich hatte ja den Zutritt, und habe mit ihnen darüber gesprochen. Sie erklärten mir, dies habe nur mit der Privatperson Waldheim zu tun, nichts mit der Regierung und nichts mit dem Volk. Mir war aber klar, daß dies so nicht funktionieren konnte. Das Ganze wird von den Österreichern nach wie vor als Ungerechtigkeit empfunden und sollte ausgeräumt werden.

SPIEGEL: Die Waldheim-Wahl hat nicht nur die Beziehungen zu den USA beschädigt, sondern noch weit mehr jene zu Israel. Was wollen Sie da unternehmen?

KLESTIL: Da habe ich schon etwas getan. Ich habe ein besonders gutes Verhältnis zum israelischen Botschafter, der zwar kein Beglaubigungsschreiben überreicht hat, aber doch als solcher gesehen und behandelt wird. Ich selbst war vor eineinhalb Jahren der erste offizielle österreichische Besucher in Israel . . .

SPIEGEL: . . . als Generalsekretär des Außenamtes.



ARABELLA AIRPORT HOTEL MÜNCHEN



IN JEDER KLASSE ERSTKLASSIG.

Arabella Hotels sind so individuell wie die Ansprüche ihrer Gäste. Zum Beispiel das neue, einzige 4-Sterne-Hotel am neuen Münchner Flughafen.

NEU ERÖFFNET!

Sie erleben im ARABELLA AIRPORT HOTEL MÜNCHEN charmant-ländliche Atmosphäre verbunden mit dem internationalen Flair des Flughafens. Während andere schon im Stau stehen, genießen Sie bei uns noch ein exquisites Frühstück. Nutzen Sie diese ideale Airport-Nähe in einem Hotel, das im edlen Landhausstil neue Akzente setzt. Die komforta-



blen und absolut schallisolierten Zimmer, die Konferenzräume – mit modernstem Equipment ausgestattet – das Feinschmecker-Restaurant "Zur Schwaige", die Bar "Montgolfière" und nicht zuletzt das "Saunarium", eine großzügig angelegte Badelandschaft, versprechen ein ganz besonderes Hotel erlebnis – mit beruhigenden Ausblicken ins Grüne.



Nur 3 Minuten zum Flughafen und doch mitten im Grünen.



ARABELLA HOTELS

11 Hotels in Deutschland:

Düsseldorf · Frankfurt/M. · München · Oberbayern
Ab Sommer '92: Arabella Golf Hotel Son Vida, Palma de Mallorca

Reservierungszentrale: Telefon 0 89/92 32-44 44

Telex: 5 24 316 · Telefax: 0 89/92 32-25 49 · BTX * Arabella #
Arabellastraße 5 · D-8000 München 81

KLESTIL: Ja. Ich hatte ein sehr gutes Gespräch mit meinem Amtskollegen, der in meinen Amerika-Jahren Botschafter bei der Uno in New York war. Und die Formalität mit dem Beglaubigungsschreiben, die wird wohl schon am Tag nach meiner Amtsübernahme bereinigt werden.

SPIEGEL: Gibt es schon Einladungen aus aller Welt, so daß Sie all die unfreiwillig versäumten Reisen des Präsidenten Waldheim nachholen können?

KLESTIL: In der Tat waren viele Glückwunschdepeschen gleich mit dem Zusatz versehen, man hoffe, mich bald als Gesprächspartner begrüßen zu können. Natürlich werde ich dies wahrnehmen, da die österreichische Verfassung dem Bundespräsidenten ausdrücklich aufträgt, Österreich gegenüber dem Ausland zu vertreten, selbstverständlich nicht in Konkurrenz zu Kanzler und Außenminister. Gerade in den nächsten sechs Jahren stehen besonders wichtige außenpolitische Entscheidungen an: der Weg nach Europa, eine Neuordnung des Verhältnisses zu den Staaten in Mittel- und Osteuropa. Da gibt es viel zu tun.

SPIEGEL: Sie selbst sind überzeugter Befürworter eines EG-Beitritts. Viele Österreicher scheinen da weniger begeistert. Die Regierung muß sich sogar über den Ausgang einer Volksabstimmung über Österreichs EG-Beitritt Sorgen machen.

KLESTIL: Wir werden die Menschen ganz offen über Vor- und Nachteile informieren, falsche Ängste ausräumen müssen. Gerade da kann ein Präsident viel bewirken. Ich habe schon als Kandidat ganz offen über diese Probleme geredet, obwohl ich gewarnt wurde, das könne mir schaden.

SPIEGEL: Offenbar nicht.

KLESTIL: Nein, denn ich bin bei meiner Überzeugung geblieben, die ich schon als Außenpolitiker vertreten habe. Ich habe auch offen gesagt, unsere Neutralitätspolitik müsse sich der geänderten Weltlage anpassen. Als Bundespräsident spreche ich ja nicht für irgendeine Lobby – Industrie oder Bauern –, sondern kann glaubhaft die Interessen des ganzen Volkes vertreten. So kann ich sicher viel dazu beitragen, daß eine Volksabstimmung eben nicht negativ ausfällt.

SPIEGEL: Schwierigkeiten könnte aber auch noch die EG machen: Österreich hat bei seinem Aufnahmegesuch einen Neutralitätsvorbehalt eingelegt, während Schweden jetzt bereit ist, im Falle einer EG-Mitgliedschaft ganz auf seine Neutralität zu verzichten. Selbst die Schweizer nehmen das Problem offenbar nicht mehr so wichtig.

KLESTIL: Österreich ging im Gegensatz zu den anderen Neutralen schon nach

Brüssel, bevor die revolutionären Umwälzungen in Europa absehbar waren. Das war eine völlig andere Situation. Damals galt unsere Neutralität noch etwas. Wir waren international als Mittler gefragt, Wien war beliebter Konferenzort, und auch Waldheim war nur UNO-Generalsekretär geworden, weil er aus einem neutralen Land kam. Diese Situation hat sich seither grundlegend geändert.

SPIEGEL: Neutrale haben heute ihren Stellenwert verloren?

KLESTIL: Wie sehr sich das alles geändert hat, zeigt das Beispiel der Schweiz: Vor drei Jahren wäre deren EG-Beitrittsansuchen noch völlig undenkbar gewesen. Aber Außenpolitik spielt sich eben nie unter einem Glassturz ab, unter das man ein Land stellen kann.

SPIEGEL: Durch diese Umwälzungen sind Österreich auch schon Signatarmächte seines Staatsvertrags abhanden gekommen, wie die Sowjetunion oder Jugoslawien.

KLESTIL: Es gibt keine automatischen Rechtsnachfolger zerfallener Reiche, daher kann es auch keinen automatischen Eintritt als Partner in unseren Staatsvertrag geben. Der Staatsvertrag ist für mich ein bedeutendes historisches Dokument ...

SPIEGEL: ... dem Österreich immerhin seine Freiheit verdankt ...

KLESTIL: ... aber nicht mehr maßgebend für die künftige Gestaltung von Beziehungen zu neuentstandenen Staaten. Als zum Beispiel der stellvertretende sowjetische, pardon, russische Außenminister Kolokolow vor ein paar Wochen nach Wien kam, vertrat er die Meinung, daß alle elf GUS-Staaten als Rechtsnachfolger der Sowjetunion jetzt Partner in unserem Staatsvertrag seien. Natürlich haben wir das abgelehnt, und das konnte ich auch jedem Österreicher verständlich machen: Wenn da plötzlich Kirgisen, Usbeken und Kasachen kämen und sich für unsere Angelegenheiten zuständig fühlten, das wäre dann doch ein bißchen zuviel, von Jugoslawien gar nicht zu reden.

SPIEGEL: Rußland beharrt darauf, die Rechtsnachfolge der alten UdSSR übernommen zu haben, etwa im Weltsicherheitsrat.

KLESTIL: Über den Sitz Rußlands im Sicherheitsrat waren sich die GUS-Staaten einig. Das ändert nichts daran, daß es völkerrechtlich eine automatische Rechtsnachfolge nicht geben kann. Als der sloweni-



FPÖ-Führer Haider
„Nicht alles falsch, was er sagt“

sche Außenminister auf eine Rechtsnachfolge als Schutzmacht für die slowenische Minderheit in Kärnten pochte, die Jugoslawien im Staatsvertrag eingeräumt worden war, haben wir das ebenfalls strikt abgelehnt.

SPIEGEL: Als Sie vor einem halben Jahr zur Kandidatur um die Präsidentschaft antraten, kannte Sie angeblich gerade 1 Prozent der Österreicher. Jetzt haben Sie mit 57 Prozent und einem ein-

malig deutlichen Vorsprung die Wahl gegen den SPÖ-Kandidaten Streicher gewonnen. Wie erklären Sie das?

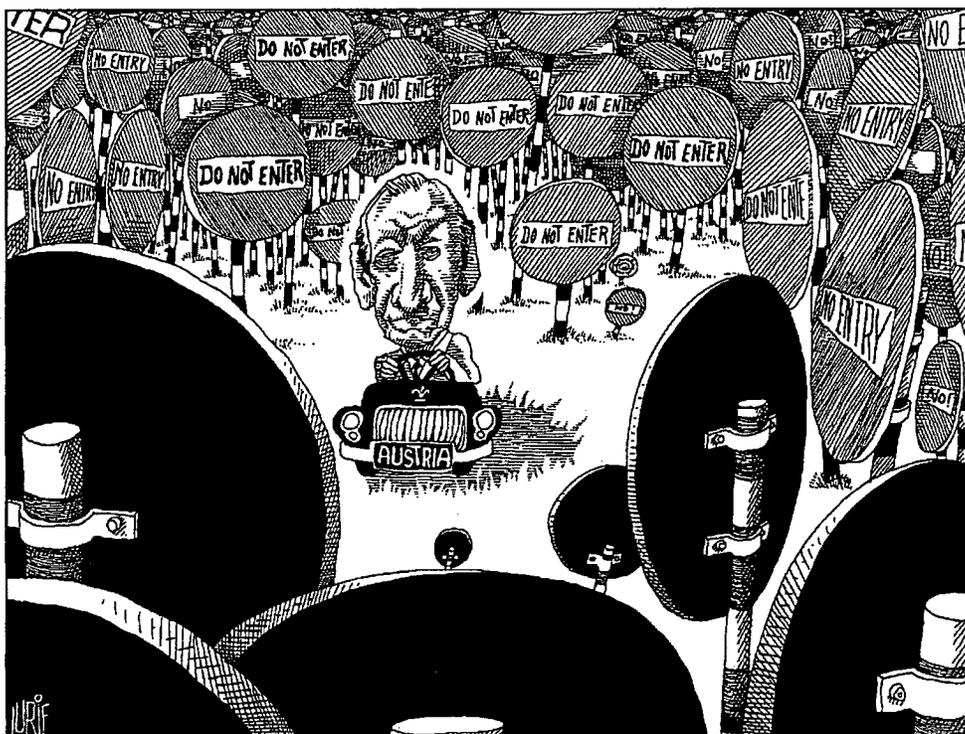
KLESTIL: Ganz so unbekannt war ich vielleicht nicht, aber der Bekanntheitsgrad meines Mitbewerbers lag immerhin bei 98 Prozent, so gesehen, fing ich tatsächlich bei Null an. Vielleicht haben mir meine Amerika-Erfahrungen im Umgang mit den Medien geholfen. Offenbar ist es mir gelungen, meine Vorstellungen vom Amt des Präsidenten zum Beispiel über das Fernsehen glaubhaft zu vermitteln.

SPIEGEL: Sie spielten sich gern als parteiunabhängig auf.

KLESTIL: Vielleicht spielte auch die weitverbreitete Parteienverdrossenheit eine Rolle. Der Bürger will nicht mehr einen anonymen Apparat angeboten bekommen, wo er dann nur bei einer Partei sein Kreuzel machen darf und sozusagen noch der Blockwart auf-

paßt, daß er das bis spätestens vier Uhr nachmittags auch tut. Die Präsidentschaftskür ist die einzige Persönlichkeitswahl, bei der sich das Volk direkt seinen Wunschkandidaten aussuchen kann.

SPIEGEL: Mit der Distanz zu den Parteien ist es wohl doch nicht so weit her: Sie sind seit 25 Jahren Mitglied der ÖVP, waren Sekretär des ÖVP-Bundeskanzlers Klaus, haben sich einmal um



Amerikanische Waldheim-Karikatur: „Als Ungerechtigkeit empfunden“

ein Nationalratsmandat beworben und gehören gewissermaßen zum schwarzen Parteiadel.

KLESTIL: Aber ich habe nie eine politische Funktion gehabt, schon gar nicht im Parteiapparat. Meine großen Karriere-sprünge als Diplomat fielen in die Ära des sozialistischen Kanzlers Kreisky. In meiner ganzen Laufbahn verdanke ich nichts einer Partei. Einen Tag nach meiner Wahl habe ich übrigens meine Mitgliedschaft bei der ÖVP zurückgelegt.

SPIEGEL: Die ÖVP hat sich nach vielen bitteren Niederlagen nur allzugern an Ihren Riesenerfolg angehängt. Verdanken Sie den nicht auch der Wahlempfehlung des rechtsnationalen FPÖ-Chefs Jörg Haider?

KLESTIL: Ich schulde keiner Partei Dank. Wahr ist, und darauf nahm Haider wohl Bezug, daß in meinem Programm Anliegen der Freiheitlichen Partei genauso vorkamen wie solche der Grünen.

SPIEGEL: Sie haben Haider auch bestätigt, daß manches an seiner Kritik der politischen Zustände in Österreich durchaus berechtigt sei, und hinzugefügt, daß es falsch wäre, ihn immer nur auszugrenzen.

KLESTIL: Sicher ist nicht alles falsch, nur weil es der Herr Haider sagt. Und daß Ausgrenzung nicht zum gewünschten Erfolg führt, zeigen die FPÖ-Gewinne bei allen Wahlen in den letzten Jahren.

SPIEGEL: Sind auch die regelmäßigen Verbal-ausrutscher Haider's wie der Satz über die „ordentliche Beschäftigungspolitik im Dritten Reich“ für Sie akzeptabel?

KLESTIL: Auf keinen Fall! Da würde der Bundespräsident Klestil für das Inland wie für das Ausland ein klares Wort sprechen, so wie man bei Ihnen meint, daß Präsident von Weizsäcker zur richtigen Zeit das richtige Wort findet. Genau das nehme ich mir auch vor.

SPIEGEL: Hätten Sie Probleme, einen Kanzler Jörg Haider – das will der ja spätestens 1998 unbedingt werden – zu ernennen?

KLESTIL: Das sind erst mal reine Spekulationen. Politikern steht es frei, ihre Vorstellungen zu verbreiten. Mir fällt dazu ein Zitat ein, ich glaube, es ist aus Musils „Mann ohne Eigenschaften“: „In Österreich ist der Möglichkeitssinn überentwickelt und der Wirklichkeits-sinn unterentwickelt.“ Gottlob haben wir in unserem Parlament nur demokratische Parteien, und der Wähler entscheidet, welche die stärkste wird und damit den Kanzlerkandidaten stellt. Dann erst ist der Bundespräsident gefragt.

SPIEGEL: Herr Klestil, wir danken Ihnen für dieses Gespräch.

Brasilien

Kain und Abel

Intrigen in der Präsidentenfamilie: Ein Bruder des Staatsherrn plaudert über korrupte Geschäfte.

Pedro haßt Fernando. Schon als Kind fühlte er sich gegenüber seinem großen Bruder zurückgesetzt. Während Fernando Collor de Mello, 42, zum Präsidenten von Brasilien aufstieg, sanierte Pedro, 40, mühsam ein marodes Familienunternehmen im heimatischen Bundesstaat Alagoas.

Seinem älteren Bruder schlug er vor, das Medienimperium der Sippe in Ala-

behauptete er, verwahre er belastendes Material gegen PC und seinen Bruder. Paulo César, der das Geld für Fernando Collors Wahlkampf beschafft hatte, trete als Fernandos Strohhalm bei fragwürdigen Geschäften rund um die Welt auf. „70 Prozent für Fernando, 30 für PC“ sei die Formel für die Gewinnaufteilung.

Seinen Bruder schilderte er nicht nur als skrupellosen Geschäftemacher, sondern auch als moralisch verdorbenen Wüstling: Fernando habe ihn Ende der sechziger Jahre zum Kokainschnupfen verführt und versucht, ihm während einer Ehekrise die Frau auszuspannen.

Dallas auf brasilianisch: Der Präsidentenbruder hat mit seinen Erzählungen ein Familiendrama inszeniert, das



Präsident Collor, Ehefrau Rosane: Skandalchronik der neuen Republik

goas um eine neue Abendzeitung zu bereichern. Doch Fernando lehnte ab: Sein enger Freund Paulo César Farias, von Brasiliens Presse kurz PC genannt, baue bereits eine Reihe von Radiostationen und eine neue Zeitung auf; für Pedro sei kein Platz mehr in der Firma.

Der Düpierte ließ sich nicht abspesen. Wütend rief er einen Journalisten der Zeitschrift *Veja* an und berichtete über die Geschäfte seines Bruders mit PC. Damit weckte er den Zorn seiner Mutter. „Mein Sohn, ich weiß, daß du eine Bombe in den Händen hältst“, ermahnte Dona Leda, die eiserne Matriarchin des Collor-Clans, ihren Jüngsten und setzte ihn zur Strafe als Chef des Familienunternehmens ab. Der Presse teilte sie mit, Pedro mache eine „Gefühlskrise“ durch.

Der gedemütigte Junior revanchierte sich. Bei einem Anwalt in New York,

Brasilien wie eine Bananenrepublik aussehen läßt. Wenige Tage vor dem Weltgipfel in Rio de Janeiro, zu dem mehr als hundert Staatsherrn erwartet werden, schlitterte die junge Demokratie unversehens in die turbulenteste politische Krise seit dem Ende der Militärdiktatur.

Generalstaatsanwalt Aristides Junqueira nahm die Ermittlungen im Fall Collor gegen Collor auf. An den Börsen von São Paulo und Rio fielen die Kurse. Vergangenen Dienstag beschloß der Kongreß, einen Untersuchungsausschuß einzusetzen, um die Vorwürfe gegen den Präsidenten zu klären.

Pedro Collor, der vor dem Sturm zunächst nach Frankreich fliehen wollte, übergab der Bundespolizei vergangenen Donnerstag ein Dossier über den „Fall PC“. Doch zugleich räumte er ein: Gegen seinen Bruder habe er kein Doku-